

AHV-Rentner gehen leer aus

SOZIALWERKE Erstmals überhaupt werden die Renten im nächsten Jahr nicht angepasst. Das ärgert die Rentner und bietet den Gewerkschaften Munition für ihre «AHV-plus-Initiative».

EVA NOVAK
eva.novak@luzernerzeitung.ch

Schlechte Nachricht für die rund 2,2 Millionen AHV-Rentnerinnen und -Rentner im Land: Höchstwahrscheinlich werden ihre Renten im kommenden Jahr erstmals nicht erhöht. Das hat nichts mit den roten Zahlen zu tun, in welche die AHV gerutscht ist, sondern ist rein technisch bedingt: Seit Ende der 70er-Jahre werden die Renten jeweils für zwei Jahre aufgrund einer Formel angepasst, dem sogenannten «Mischindex», der je zur Hälfte aus dem Lohnindex und aus dem Landesindex der Konsumentenpreise berechnet wird. Und da gibt es zum ersten Mal überhaupt nichts anzupassen, da das Mittel dieser beiden Werte momentan etwa bei null liegt.

Amtliche Bestätigung

Konkret stehen einer mittleren Lohnsteigerung um etwa ein halbes Prozent durchschnittliche Preissenkungen von geschätzten 0,6 Prozent gegenüber, wie die «Bilanz» vor Ostern vorgerechnet hat. Jetzt wird die Folgerung des Wirtschaftsmagazins, wonach für 2017 die allererste Nullrunde für die AHV-Renten drohe, amtlich bestätigt: «Wenn sich die beiden Indizes weiter so entwickeln wie bis jetzt, wird es unter dem Strich wahrscheinlich nichts auszugleichen geben», sagt Rolf Camenzind, Sprecher des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), gegenüber der «Zentralschweiz am Sonntag».

Viel Zeit für eine Trendumkehr bleibt nicht mehr. Schon am 30. Juni soll die Eidgenössische AHV-Kommission ihren Antrag zuhanden des Bundesrates formulieren. Dieser entscheidet dann jeweils im Oktober über die Rentenanpassung – beziehungsweise diesmal über deren Ausbleiben.

Wutentbrannte Rentner

Lorbeeren dürfte sich die Regierung mit dem Antrag, die Renten für die Jahre 2017 und 2018 auf dem Stand von heute einzufrieren, kaum holen. Das zeigt die letzte Anpassung, als die Minimalrente auf das Jahr 2015 um 5 Franken auf 1175 Franken pro Monat erhöht wurde und die Maximalrente um immerhin 10 Franken auf 2350 Franken. Diese mit Abstand knausrigste Rentenerhöhung seit Bestehen des Sozialversicherungssystems kam gar nicht gut an. Es gab laut Camenzind nicht nur «eine Handvoll unzufriedener Rentner». Sondern gar einen AHV-Rentenempfänger, der den Fünftel wutentbrannt in ein Couvert packte und ans Bundesamt für Sozialversicherungen in Bern schickte.

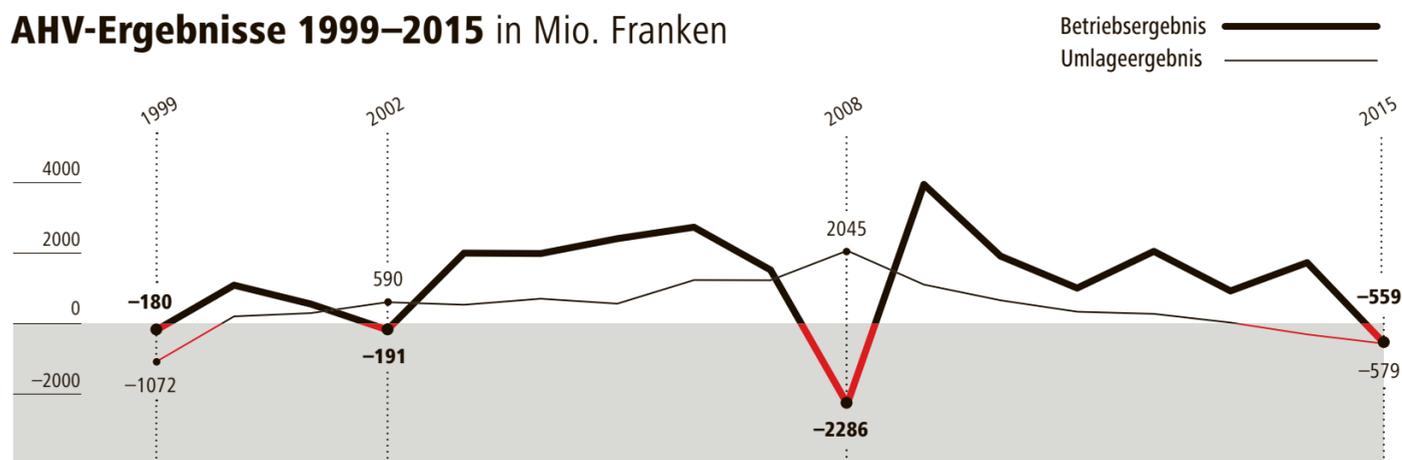
Wenn es gar nichts mehr zu versenden gibt, profitieren die Gewerkschaften. Sie erhalten zusätzliche Munition für ihre Volksinitiative «AHV plus»,



Da gibt es nicht mehr viel zu holen. Die AHV-Renten für die Jahre 2017 und 2018 sollen auf dem Niveau von heute eingefroren werden.

Getty

AHV-Ergebnisse 1999–2015 in Mio. Franken



Quelle: Bund / Grafik: Lea Siegwart

welche alle AHV-Renten um 10 Prozent erhöhen will. Dies ausgerechnet in der heissen Phase des Abstimmungskampfes, weil der Urnengang voraussichtlich Ende September stattfinden wird. «Wenn man eine Nullrunde ankündigt, wird das unserer Initiative Schub verleihen», freut sich Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Auch der grüne Luzerner Nationalrat und glühende «AHV plus»-Befürworter Louis Schelbert rechnet damit, dass die Sympathien in der Bevölkerung für die Initiative deswegen steigen: «Die Initiative ist nicht chancenlos – und wenn die Politik Nullrunden in Aussicht ge-

stellt, erst recht.» Schelbert spielt auf einen weiteren Entscheid an, der im September ansteht: Der Nationalrat befindet darüber, ob er im Rahmen der gross angelegten Vorsorgereform dem Beschluss des Ständerats folgt und die AHV-Renten für Neurentner um 70 Franken erhöht. Bisher hatte der Ausbau mit der Giesskanne in der Grossen Kammer schlechte Karten – die Ratsrechte ist geschlossen dagegen. Nun könnte die Stimmung kippen, fürchtet der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner.

Andere sind zuversichtlicher, wie der Zuger Freisinnige Bruno Pezzatti: «Angesichts der roten Zahlen, in welche die

AHV geraten ist, kann eine weitere Erhöhung der Ausgaben unter keinen Umständen verantwortet werden.»

Niveau zu halten, ist schon schwer

Das könne man den Leuten erklären, meint er im Einklang mit dem Arbeitgeberverband, dessen Vorsorge-Experte Martin Kaiser bekräftigt, das Ziel bleibe, das aktuelle Rentenniveau zu halten: «Das wird schon eine Parforleistung sein.» Mit der Anpassung oder Nichtanpassung der Renten gemäss Mischindex habe das rein gar nichts zu tun: «Das sind zwei Paar Schuhe.»

Politisch bestehe sehr wohl ein Zusammenhang, finden hingegen die Lin-

ken und reiben sich die Hände: «Die Bürgerlichen unterschätzen die symbolische Wirkung, die es haben kann, wenn es erstmals keine Erhöhung der Rente gibt», urteilt Silvia Schenker.

Schere öffne sich weiter

Für die Basler Sozialdemokratin bestätigt die Nullrunde eindrücklich, dass sich die Schere zwischen Renten und Löhnen immer stärker öffnet. Es sei wichtig, so Schenker, dass dieses Zeichen in einer Phase komme, in der die politischen Entscheide getroffen würden, erklärt sie und kündigt an: «Wir werden das Argument in der Debatte vorbringen.»

Krise lähmt den Reformwillen

AVENIR SUISSE Gerhard Schwarz, der abtretende Direktor der Denkfabrik, kritisiert die Diskussion um die Lohnexzesse.

sda. Liberale Reformen haben heutzutage aus Sicht des abtretenden Direktors der Denkfabrik Avenir Suisse keinen einfachen Stand. Die Wirtschaftskrise und die Debatte über Spitzensaläre hätten dem Ansehen marktorientierter Lösungen stark geschadet, findet Gerhard Schwarz. Es herrsche eine starke Tendenz, wirtschaftliche Probleme als

Folge von zu viel Markt und Liberalisierung zu sehen, sagte er in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Samstag. Bei Wirtschaftsführern sei zwar das Bewusstsein gewachsen, dass Lohnexzesse oft zu regulatorischen und antiliberalen Reflexen führten.

Welten, die aufeinanderstossen

Schon zu Beginn der Lohndebatte hätten ihm einzelne Wirtschaftsführer gesagt, sie seien über die Lohnentwicklungen im Top-Management nicht glücklich, so Schwarz. «Aber es ist fast unmöglich, nicht mitzumachen.» Man finde kaum einen geeigneten CEO für 500 000 Franken, wenn die Konkurrenz 5 Millionen zahle. «Wir leben in einer globalisierten Wirtschaft.» Löhne globa-

ler Konzerne, auch wenn sie in der Schweiz ansässig seien, könnten nicht am Lohn eines Regierungsrats im Kanton Baselland festgemacht werden. «Das sind zwei Welten, die aufeinanderstossen – und das schafft Probleme.» Gerhard Schwarz hat per Anfang April das Direktorium der Denkfabrik nach fast sechs Jahren an Peter Grünenfelder abgegeben. Die Frage, ob es Avenir Suisse während der «Ära Schwarz» gelungen sei, Einfluss auf die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung zu nehmen, beantwortet Schwarz positiv. Die Resonanz sei gestiegen, ist Schwarz überzeugt. «Oft fliessen Ideen von uns in politische Vorstösse ein, ohne dass wir namentlich erwähnt werden.»

Jugendliche wollen mehr eingebunden sein

JUGENDPARLAMENT sda. In Luzern hat am Samstag die jährliche Versammlung des Dachverbandes der Schweizer Jugendparlamente (DSJ) begonnen. 150 Jugendliche aus den Kantonen sowie dem Fürstentum Liechtenstein entscheiden dabei über die Ausgestaltung eines nationalen Jugendparlaments.

Die Teilnehmer beraten unter anderem darüber, ob und wie die politische Partizipation von Jugendlichen auf nationaler Ebene zwischen 14 und 25 Jahren verbessert werden soll. Zur Diskussion stehen drei mögliche Varianten. Eine Möglichkeit ist die Schaffung eines

nationalen Jugendparlaments. Eine weitere Variante sieht mehr politische Kompetenzen für die bestehende jährliche Jugendsession als nationaler Jugendrat vor. Schliesslich wird auch die Schaffung einer ausserparlamentarischen Jugendkommission erwähnt.

Die Schweiz sei in Sachen demokratischer Mitsprache ein Vorbild, nicht aber, was jene von Jugendlichen anbelange, heisst es in dem 117-seitigen Bericht. Bisher seien es vor allem die Erwachsenen, die sich im Namen der Jugendlichen in die politischen Prozesse einbrächten.